

**3144/AB XXI.GP**

---

**Eingelangt am: 01.02.2002**

BM für Finanzen

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Gerhard Reheis und Kollegen vom 4. Dezember 2001, Nr. 3167/J, betreffend österreichisches Institut für Familienforschung, beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1. bis 6.:

Das Bundesministerium für Finanzen hat im angefragten Zeitraum keinerlei Zahlungen an das Österreichische Institut für Familienforschung geleistet.

Zu 7.:

Das bis zum Jahr 1999 nicht hergestellte Einvernehmen zwischen den beiden Ressorts ist auf die - vom Rechnungshof als Fehlinterpretation eingestufte - Rechtsansicht des damaligen Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie zurückzuführen. In diesem Zusammenhang ist aber auch darauf hinzuweisen, dass bereits seit dem Jahr 2000 der jeweils erforderlichen Einvernehmensherstellung Rechnung getragen wird.